

Digital-Baukasten für die Verwaltung

[26.01.2022] Ein bundesweites Projekt zur Entwicklung und Bereitstellung Low-Code-basierter Software-Module für die Verwaltung startet. Die Senatskanzlei Hamburg und das Bundesministerium des Innern haben eine entsprechende Vereinbarung gezeichnet.

Die Verwaltungsdigitalisierung einen Schritt weiterdenken soll jetzt das Projekt MODUL-F. Um verwaltungsinterne Prozesse zu verbessern, wird ein modularer Ansatz für die Erstellung von Fachverfahren aufgebaut. Über eine so genannte Low-Code-Plattform sollen künftig vorprogrammierte Module zur Verfügung stehen, aus denen einfach und schnell digitale Fachverfahren erstellt werden können. MODUL-F soll in Zukunft dort eingesetzt werden, wo es noch keine digitale Abbildung eines internen Prozesses gibt.

Zur Umsetzung des Infrastrukturprojekts haben die Senatskanzlei Hamburg und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nun eine Vereinbarung gezeichnet, die Finanzierung, Projektziele und gegenseitige Verpflichtungen im Projektkontext regelt. Das gaben das BMI und das Hamburger Amt für IT und Digitalisierung in einer gemeinsamen Pressemeldung bekannt.

Der Bund und Hamburg sollen die Steuerung des Projekts übernehmen. Die Umsetzung des Projekts MODUL-F erfolgt in Hamburg. Die entstehenden Software-Module für die Erstellung von Software-Anwendungen sollen der Digitalisierung in diversen Themenfeldern zugutekommen und von allen Bundesländer und Kommunen genutzt werden. Geplant sind etwa Module für die Vier-Augen-Prüfung, die Bescheiderstellung oder die Archivierung von Vorgängen. Die Software-Module sollen durch Befolgen des Low-Code-Prinzips innerhalb kurzer Bearbeitungszeit bereitgestellt werden. Auf Low-Code-Plattformen wird Software nicht mehr über klassische textbasierte Programmiersprachen entwickelt, sondern mit visuellen Werkzeugen und vorgefertigten Elementen im Modellierungsverfahren. Das Projekt MODUL-F wird aus Konjunkturmitteln des Bundes in Höhe von 11,6 Millionen Euro finanziert. Die Mittel werden vom Bund für die Digitalisierung im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bereitgestellt.

„Das Ziel ist eine durchgängige Digitalisierung: Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger übermitteln ihre Anliegen durch Online-Dienste, auch die interne Sachbearbeitung kann künftig überall digital erfolgen. Modul-F hilft vor allem, wenn einzelne Prozesse zu klein für eine eigene Entwicklung sind“, erklärt Staatsrat Jan Pörksen, Chef der Hamburger Senatskanzlei. „Bestimmte Funktionen, die in jeder Verwaltung gebraucht werden, etwa eine Registerabfrage oder die Erstellung von Bescheiden, stehen je nach Bedarf als einzelne Module zur Verfügung. Damit schaffen wir die Voraussetzung für wirtschaftliche und gut funktionierende Lösungen für eine leistungsfähige Verwaltung, wovon alle Bürgerinnen und Bürger profitieren.“

Markus Richter, Staatssekretär im BMI und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, ergänzt: „Das Projekt MODUL-F wird im Rahmen der OZG-Umsetzung einen wertvollen Beitrag auf dem Weg der Modernisierung und Digitalisierung der Bundesverwaltung leisten. Mit einer standardisierten Vorgehensweise wird das MODUL-F den Transfer von analogen Verwaltungsleistungen in das digitale Zeitalter beschleunigen.“

(sib)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Hamburg, BMI, MODUL-F, Low Code